

2021

Abitur

Original-Prüfungen
mit Lösungen

Gymnasium

**MEHR
ERFAHREN**

Geschichte

ActiveBook
• Interaktives
Training



STARK

Inhalt

Vorwort

Hinweise und Tipps zur schriftlichen Abiturprüfung

Die Anforderungen im Zentralabitur	I
1 Rahmenbedingungen	I
2 Prüfungsinhalte	II
3 Anforderungen und Bewertungskriterien	V
4 Anforderungsbereiche und Operatoren	VII
Tipps zur schriftlichen Prüfung	IX
1 Auswahl der Aufgaben	IX
2 Ausarbeitung der Lösung	IX
3 Umfang der Lösung	X
Auswertung von Materialien	X
1 Allgemeines zur Analyse und Interpretation von Quellen	X
2 Textquellen	XI
3 Bildquellen	XII
4 Grafische Darstellungen	XIII

Abiturprüfungsaufgaben

Abiturprüfung 2017

Aufgabe I:	Gesellschaft im Wandel (15. bis 19. Jahrhundert)	2017-1
Aufgabe II:	Demokratie und Diktatur – Probleme der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert	2017-15
Aufgabe III:	Historische Komponenten europäischer Kultur und Gesellschaft	2017-29
Aufgabe IV:	Konfliktregionen und Akteure internationaler Politik in historischer Perspektive	2017-43

Abiturprüfung 2018

Aufgabe I:	Gesellschaft im Wandel (15. bis 19. Jahrhundert)	2018-1
Aufgabe II:	Demokratie und Diktatur – Probleme der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert	2018-16
Aufgabe III:	Historische Komponenten europäischer Kultur und Gesellschaft	2018-32
Aufgabe IV:	Konfliktregionen und Akteure internationaler Politik in historischer Perspektive	2018-45

Abiturprüfung 2019

Aufgabe I:	Gesellschaft im Wandel (15. bis 19. Jahrhundert)	2019-1
Aufgabe II:	Demokratie und Diktatur – Probleme der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert	2019-16
Aufgabe III:	Historische Komponenten europäischer Kultur und Gesellschaft	2019-32
Aufgabe IV:	Konfliktregionen und Akteure internationaler Politik in historischer Perspektive	2019-48

Abiturprüfung 2020

Aufgabe I–IV: www.stark-verlag.de/mystark

Das Corona-Virus hat im vergangenen Schuljahr auch die Prüfungsabläufe durcheinandergebracht und manches verzögert. Daher sind die Aufgaben und Lösungen zur **Prüfung 2020** in diesem Jahr nicht im Buch abgedruckt, sondern erscheinen in **digitaler Form**. Sobald die Original-Prüfungsaufgaben 2020 zur Veröffentlichung freigegeben sind, können Sie sie als PDF auf der Plattform **MyStark** herunterladen.

Autoren der Lösungen 2017–2019

Matthias Ehm (2017/I, III, IV; 2018/I, II; 2019/II, IV)

Julia Mornhinweg (2018/III, IV; 2019/I, III)

Dr. Fritz Schäffer (2017/II)

Vorwort

Liebe Schülerinnen, liebe Schüler,

der vorliegende Band unterstützt Sie bei Ihrer effektiven Vorbereitung auf die **schriftliche Abiturprüfung** in Geschichte sowie auf den Prüfungsteil Geschichte der kombinierten schriftlichen Abiturprüfung Geschichte/Sozialkunde.

Das einführende Kapitel „**Hinweise und Tipps zur schriftlichen Abiturprüfung**“ fasst wichtige Informationen zu den Rahmenbedingungen, Prüfungsinhalten und Leistungsanforderungen sowie zum Ablauf des Abiturs und zur Struktur der Aufgaben zusammen. Außerdem erhalten Sie hier **konkrete Tipps** zu den Anforderungsbereichen und Arbeitsanweisungen (**Operatoren**) sowie zur **Auswertung von Materialien**, die Ihnen in der Prüfung begegnen können.

Der zweite Teil des Buches enthält die **Original-Prüfungsaufgaben** der Jahre **2017 bis 2020**. Die in diesem Buch enthaltenen Aufgaben und Lösungen haben eine **doppelte Funktion**: Zum einen sollen sie Ihnen bei der **selbstständigen Wiederholung** Ihrer im Unterricht erworbenen Kenntnisse helfen, weshalb sie Ihnen umfangreiche und ausführliche Musterlösungen bieten. Zum anderen können Sie die **Bearbeitung der Aufgaben unter Prüfungsbedingungen** trainieren und optimieren.

/// Vor den Lösungsvorschlägen finden Sie zu allen Aufgaben **konkrete Bearbeitungshinweise**, die Ihnen ein gezieltes Vorgehen bei der Beantwortung der einzelnen Aufgaben vermitteln und Sie so zu einer optimalen Lösung hinführen sollen.

Sollten nach Erscheinen dieses Bandes noch wichtige Änderungen in der Abiturprüfung 2021 vom Kultusministerium bekannt gegeben werden, finden Sie aktuelle Informationen dazu im Internet unter: www.stark-verlag.de/mystark.

Verlag und Autoren wünschen Ihnen eine gute Vorbereitungsphase und viel Erfolg in der Abiturprüfung!

Hinweise und Tipps zur schriftlichen Abiturprüfung

Die Anforderungen im Zentralabitur

1 Rahmenbedingungen

Wenn Sie Geschichte als schriftliches Abiturprüfungsfach gewählt haben, entscheiden Sie einige Monate vor der Abiturprüfung, ob Sie ein reines Geschichtsabitur oder aber die kombinierte Abiturprüfung Geschichte/Sozialkunde ablegen wollen. Bei Letzterer macht der Prüfungsteil Geschichte 2/3 der Gesamtprüfung aus und ist identisch mit einem Teil des reinen Geschichtsabiturs. Der Gesamtumfang von beiden Abiturprüfungen unterscheidet sich nicht.

Folgende Gegenüberstellung zeigt die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von reinem Geschichtsabitur und der kombinierten Abiturprüfung Geschichte/Sozialkunde:

Geschichte	Geschichte/Sozialkunde
vollständige Bearbeitung einer Aufgabe	1. Prüfungsteil: Geschichte (Umfang: 2/3 der Gesamtprüfung)
Anforderungsebene I bis III (vgl. S. VII f.)	Anforderungsebene I bis III (vgl. S. VII f.)
Auswahl einer von vier Aufgaben aus 11/1, 11/2, 12/1, 12/2 mit mehreren Teilaufgaben	Auswahl einer am Stoff der jeweiligen Halbjahre orientierten Aufgabe, die mehrere Teilaufgaben enthält
	2. Prüfungsteil: Sozialkunde (Umfang: 1/3 der Gesamtprüfung) Anforderungsebene I bis III

Die Abituraufgaben gliedern sich in **Teilaufgaben**, die als **Arbeitsanweisungen** (Operatoren) formuliert und teilweise mit Materialien (Texte, Karikaturen, Plakate, Bilder, Statistiken) versehen sind. Beim reinen Geschichtsabitur ist zudem zu beachten, dass in einer, meist der letzten Teilaufgabe, der **Bezug zu einem anderen Halbjahr** hergestellt wird. In den meisten Fällen haben Sie hier die **Wahl zwischen mehreren Epochen und Ereignissen**, anhand derer Sie einen bestimmten Sachverhalt erörtern sollen. Hier sollen Sie Ihre Fähigkeit zu historischem Denken in einer gestaltenden, essayartigen sprachlichen und gedanklichen Form nachweisen.

2 Prüfungsinhalte

Der Geschichtsunterricht in der Qualifikationsphase setzt verstärkt auf einen wissenschaftspropädeutischen Zugriff und ein **mehrperspektivisches, methodenorientiertes Arbeiten an exemplarischen Themenbereichen**. Das in den vorangegangenen Jahrgangsstufen erworbene Grundwissen wird dabei ausdrücklich vorausgesetzt. Anhand von Längsschnitten, Querschnitten, Vergleichen und problemorientierten Fallstudien sollen typische Verfahren historischer Forschung erarbeitet werden.

Die Ordnung der Lehrplanthemen orientiert sich an **räumlichen Kategorien** und geht vom „Nahen“ zum „Fernen“: Zunächst stehen Land und Region im Mittelpunkt des Unterrichts (11.1), danach Deutschland (11.2), Europa (12.1) und zuletzt außereuropäische und internationale Vorgänge (12.2). Weitere Informationen zum Lehrplan finden Sie auf der **Homepage** des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung unter: www.isb-gym8-lehrplan.de.

Hinweis: Das Sternchen * kennzeichnet Themen, die das Kultusministerium wegen der Corona-Krise 2020 als **nicht prüfungsrelevant** für das schriftliche **Abitur 2021** festgelegt hat: www.isb.bayern.de/download/22936/geschichte.pdf (Stand: Mai 2020).

G 11.1 Gesellschaft im Wandel (15. bis 19. Jahrhundert)

G 11.1.1 Leben in der Ständegesellschaft des 15. bis 18. Jahrhunderts

- Kennzeichen der Ständegesellschaft; Status von Minderheiten
- Überblick über Elemente der sozialen Fürsorge auf dem Land und in der Stadt
- vorindustrielle Arbeitswelten: agrarische Subsistenz, Zünfte, Verlag, Manufaktur
- familiäre Lebens-, Rechts-, Arbeits- und Produktionsgemeinschaften mit festgelegten Rollen für Mann und Frau
- demographische Konjunkturen: Grundlinien und Einflussfaktoren der Bevölkerungsentwicklung vom 15. bis 18. Jahrhundert

G 11.1.2 Leben in der entstehenden Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts

- Liberalisierung und staatliche Reformen: Aufhebung der Leibeigenschaft, Agrarreformen, Abschaffung der Zünfte und Beseitigung der Heiratsbeschränkungen; Schaffung neuer Möglichkeiten individueller Lebensgestaltung, z. B. Freizügigkeit, Gewerbefreiheit
- Kennzeichen der Industrialisierung im Überblick und Besonderheiten der Entwicklung in Bayern
- veränderte Arbeitsbedingungen in den wachsenden Industriegebieten und Entstehung der sozialen Frage: Urbanisierung und Landflucht, Fabrikarbeit und Arbeitslosigkeit, Pauperismus und Proletarisierung
- praktische Ansätze zur Lösung der sozialen Frage im Überblick: organisierte Arbeiterbewegung, Sozialgesetzgebung, christliche Sozialarbeit, Arbeiterbildungsvereine, Raiffeisenbewegung
- familiäre Lebenswelten: bürgerliche Familie und Arbeiterfamilie als Lebensgemeinschaften der Klassengesellschaft; Infragestellung der Geschlechterrollen durch die Frauenbewegung
- Grundlinien und Einflussfaktoren der Bevölkerungsentwicklung im Industriezeitalter (insbesondere Verringerung der äußeren Bedrohungen, demographischer Übergang)

G 11.2 Demokratie und Diktatur – Probleme der deutschen Geschichte im 20. Jh.

G 11.2.1 Die Weimarer Republik – Demokratie ohne Demokraten?

- Ursachen der Revolution von 1918/19 und das Ringen um eine neue Ordnung
- demokratische Errungenschaften der Weimarer Republik
- Träger und Gegner der demokratischen Ordnung im Spiegel der Jahre 1929–32/33: Segmentiertheit von Gesellschaft und Parteienspektrum; Traditionslinien; Selbstverständnis und politisches Verhalten der Gruppen, auch unter Rückgriff auf Ergebnisse und Weichenstellungen 1918/19; Einfluss der wirtschaftlichen Krise auf die innenpolitische Entwicklung

G 11.2.2 Hitlers willige Volksgenossen? Die Deutschen und der Holocaust

- Stellung des jüdischen Bevölkerungsteils in der deutschen Gesellschaft seit dem Ersten Weltkrieg
- Überblick über die Beseitigung der Demokratie und den Ausbau der NS-Diktatur
- „Volksgemeinschaft“: Ideologie und inszenierte Lebenswirklichkeiten im NS-Staat als Pendant zum antisemitischen Feindbild
- NS-Antisemitismus im Verhältnis zum traditionellen Antisemitismus; Demütigung und Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung; Umgang mit anderen Opfergruppen
- Frage nach Wahrnehmung der Judenverfolgung und Beteiligung an ihr seitens der nichtjüdischen Bevölkerung

G 11.2.3 Die frühe Bundesrepublik – Erfolg der Demokratie durch „Wohlstand für alle“?

- Erfahrung der Deutschen mit dem „Dritten Reich“; „Umerziehung“; „Lehren aus Weimar“; Verhältnis zu Israel
- die Rolle weltpolitischer Rahmenbedingungen des Kalten Kriegs für die Verankerung der Bundesrepublik im Westen
- wirtschaftlicher Aufstieg der Bundesrepublik nach dem Krieg: Ursachenfaktoren; sozialpolitische Integrationsklammern; Frage nach dem Zusammenhang mit der Akzeptanz des demokratischen Systems
- Stellenwert gesellschaftlicher Vorgänge (v. a. Eingliederung der Vertriebenen, Verwestlichung, Umgang mit der Vergangenheit des „Dritten Reichs“)
- * die „SBZ“ als Feindbild und Herausforderung: Gegnerschaft zum Kommunismus als Teilerklärung für die hohe Zustimmung zur parlamentarischen Demokratie

G 11.2.4 Die DDR – eine deutsche Alternative?

- Anspruch und Wirklichkeit im „Arbeiter- und Bauernstaat“ vor dem Hintergrund des Demokratie-Verständnisses in der Staats- und Parteiführung
- die DDR und der Westen: Entwicklung der deutschlandpolitischen Standpunkte zu Staat und Nation in West und Ost; sozialliberale Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik ab 1969 und ihre Bedeutung für die Entstehung von Spielräumen innerhalb der DDR-Gesellschaft in den 1970er- und 1980er-Jahren
- Bilanz der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Endphase der DDR und ihre Rolle für die Akzeptanz des Systems
- Grundgesetz oder „dritter Weg“? Konzepte für die Umwandlung der DDR in eine parlamentarische Demokratie im zeitlichen Umfeld der Wiedervereinigung
- * Problematik der individuellen und kollektiven Geschichtserinnerung an die DDR

Abitur Geschichte (Bayern) – 2019 – Aufgabe II
Demokratie und Diktatur – Probleme der deutschen Geschichte
im 20. Jahrhundert

- 1 Erläutern Sie, inwieweit sich aus der Revolution von 1918/19 und dem anschließenden Ringen um eine neue politische Ordnung Prägnanzen für die Weimarer Republik ergaben! (20 BE)
- 2 Im November 1935 erschien in der Schweizer Satirezeitschrift „Nebenspalter“ die Karikatur „Nationalsozialistische Rüstkammer“ (M 1). (38 BE)
 - 2.1 Analysieren Sie die Karikatur M 1 im Hinblick darauf, welche Merkmale der NS-Vorstellung von der „Volksgemeinschaft“ sie beinhaltet! Arbeiten Sie zudem die Intention des Zeichners heraus!
 - 2.2 Diskutieren Sie, inwieweit die Karikatur M 1 als Quelle dazu geeignet ist, wesentliche Aspekte der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im NS-Deutschland von 1933 bis 1935 darzustellen!
- 3 Oppositionsführer Erich Ollenhauer (SPD) und Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) führten 1955 im Vorfeld der Unterzeichnung der Pariser Verträge einen Briefwechsel (M 2) über die außen- und deutschlandpolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland. (32 BE)
 - 3.1 Erarbeiten Sie aus M 2 vergleichend die Positionen von Ollenhauer und Adenauer zum außen- und deutschlandpolitischen Weg, den die Bundesrepublik einschlagen soll!
 - 3.2 Legen Sie wesentliche Folgen der Position Adenauers für die frühe Bundesrepublik und das deutsch-deutsche Verhältnis bis zum Beginn der sozialliberalen Deutschland- und Ostpolitik dar!
- 4 Bearbeiten Sie eine der drei folgenden Teilaufgaben! (30 BE)
 - a) zu Halbjahr 11/1
Im Vorwort eines Lesebuchs zur deutschen Geschichte schreibt der Historiker Paul Burgard:
„Seit geraumer Zeit hat sich für die Jahrhunderte zwischen Reformation und [Französischer] Revolution der Begriff der ‚Frühen Neuzeit‘ etabliert. Trotz umfangreicher Bemühungen von Autoren und Verlagen erscheint sie noch immer als eine Grauzone der deutschen Geschichte, als eine Zwischenzeit, in der das [...] Mittelalter verschwand und die Moderne begann.“
Paul Burgard (Hg.): Die Frühe Neuzeit. Ein Lesebuch zur deutschen Geschichte 1500–1815, München: C.H. Beck 1996, S. 9.

Oft wird der Beginn der Moderne mit der Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts gleichgesetzt. Prüfen Sie, inwieweit die frühneuzeitliche Ständegesellschaft des 15. bis 18. Jahrhunderts bezüglich typischer Lebens- und Arbeitswelten der Menschen als eine „Zwischenzeit“ im Sinne einer Übergangszeit zur Industriegesellschaft gelten kann!

b) zu Halbjahr 12/1

„Nationen erkennen sich in einer gemeinsamen Geschichte, in gemeinsamem Ruhm und gemeinsamen Opfern wieder – man muß hinzufügen, daß diese gemeinsame Geschichte in aller Regel von begrenzter Realität ist, in aller Regel mehr erträumt und konstruiert als wirklich.“

Hagen Schulze: Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München: C.H. Beck 1999, S. 111.

Belegen Sie dieses Urteil des Historikers Hagen Schulze aus dem Jahr 1999 ausgehend von den Funktionen des sogenannten Arminius-Mythos bei der Nationalstaatsbildung in Deutschland im 19. Jahrhundert und vergleichen Sie das zugrundeliegende damalige Nationsverständnis mit der modernen Vorstellung von Nation!

c) zu Halbjahr 12/2

In der Begriffserklärung zum Thema „Kalter Krieg“ aus „Das junge Politik-Lexikon“ der Bundeszentrale für politische Bildung heißt es:

„Kalter Krieg“ ist die Bezeichnung für eine Konfrontation zwischen verschiedenen Staaten. Einzelne oder mehrere Staaten stehen sich feindlich gegenüber, doch sie kämpfen nicht mit kriegerischen Mitteln gegeneinander. (Die Waffen sind ‚kalt‘, es wird also nicht geschossen.) Der Konflikt wird mit Propaganda und Drohungen, mit gegenseitiger Aufrüstung ausgetragen.“

Gerd Schneider/Christiane Toyka-Seid: Das junge Politik-Lexikon von www.hanisauland.de, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2017, abrufbar unter <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161276/kalter-krieg> [13.08.2019].

Nehmen Sie am Beispiel der US-amerikanischen Außenpolitik differenziert Stellung zu dieser Definition! Beziehen Sie in Ihre Ausführungen mindestens eine historisch relevante Konfliktsituation der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein!

M 2: Auszüge aus einem Briefwechsel zwischen Oppositionsführer Erich Ollenhauer (SPD) und Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU)

Bonn, 23. Januar 1955

1 Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

[...] Die Abstimmung der gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik über das Pariser Vertragswerk, dessen Kernstück die Aufstellung deutscher Streitkräfte im Rahmen der Westeuropäischen Union und der NATO ist, ist von schicksalsschwerer Bedeutung für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes. Die Annahme des Vertragswerkes führt nach unserer Überzeugung zu einer verhängnisvollen Verhärtung der Spaltung Deutschlands.

10 Der Deutsche Bundestag dagegen hat wiederholt einstimmig beschlossen, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als die vordringlichste Aufgabe der deutschen Politik zu behandeln.

[...] Die Haltung der Sowjetunion läßt erkennen, daß nach der Ratifizierung¹ der Pariser Verträge Verhandlungen über die deutsche Einheit nicht mehr möglich sein werden. Dies bedeutet: Die Bundesrepublik und die sogenannte „Deutsche Demokratische Republik“ bleiben gegen den Willen des deutschen Volkes nebeneinander bestehen. Zugleich werden dadurch die Spannungen zwischen West und Ost verschärft, deren schwerste Last vom ganzen deutschen Volk diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs zu tragen wäre.

20 Diese Lage erfordert nach Auffassung weitester Kreise des deutschen Volkes jede mögliche Anstrengung der Bundesrepublik, eine solche Entwicklung um der Einheit, der Freiheit und des Friedens unseres Volkes willen zu verhindern. [...]

25 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der Überzeugung, daß noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft sind, um vor der Ratifizierung der Pariser Verträge endlich einen ernsthaften Versuch zu unternehmen, auf dem Wege von Vier-Mächte-Verhandlungen die Einheit Deutschlands in Freiheit wiederherzustellen.

[...] Sehr geehrter Herr Bundeskanzler. [...] Millionen Menschen erfaßt auch ein Grauen davor, daß unter diesen Umständen durch die Wiederaufrüstung die persönliche Gewissensnot und die politische Zerklüftung in der Bundesrepublik vertieft werden.

30 Ich halte es für unmöglich, daß die Bundesrepublik Deutschland den Weg der Wiederaufrüstung mit einem so tiefen Zwiespalt in unserem Volke gehen kann. Verteidigung und Sicherheit eines Landes müssen auf der Gemeinsamkeit des Willens im Volk begründet sein. [...]

Mit ausgezeichnetener Hochachtung! Ihr sehr ergebener

gez. E. Ollenhauer

Lösungsvorschläge

- 1 Sie sollen „erläutern“ (AFB II), in welchem Ausmaß („inwieweit“) die Weimarer Republik von den Umständen ihrer Entstehung geprägt, also im Hinblick auf ihre weitere Entwicklung bestimmt wurde. Dabei sind die Revolution von 1918/19 und die damit verbundene Auseinandersetzung um eine neue Staatsform („Ringens um eine neue politische Ordnung“) zu berücksichtigen. Der Versailler Vertrag von 1919 wird zwar in der Aufgabenstellung nicht eigens erwähnt; Sie sollten aber unbedingt auf ihn eingehen. Stellen Sie die einzelnen Prägungen strukturiert und zusammenhängend dar und zeigen Sie, wie diese auch später noch Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik beeinflussten.

Die **Revolution von 1918/19** und die Auseinandersetzungen um eine neue politische Ordnung haben die Weimarer Republik stark geprägt. Im Jahr 1918 war die militärische Lage Deutschlands im **Ersten Weltkrieg** zunehmend aussichtslos und führte letztendlich zur Niederlage. Außerdem hatte die Bevölkerung unter den jahrelangen Entbehrungen zu leiden. Auf Kritik stieß auch, dass demokratische Elemente in der Verfassung nur schwach ausgeprägt waren und sich die politische Führung lange Zeit reformunwillig zeigte. Im Herbst 1918 brach die **Novemberrevolution** aus. Am 9. November 1918 verkündete Reichskanzler Max von Baden eigenmächtig die **Abdankung Kaiser Wilhelms II.**; zudem wurde zweimal die **Republik** ausgerufen. Die Regierungsgeschäfte übernahm vorübergehend der Sozialdemokrat Friedrich Ebert (MSPD). Eine provisorische Regierung aus MSPD und USPD („Rat der Volksbeauftragten“) scheiterte jedoch bald; man war sich z. B. nicht darüber einig, welche Staatsform Deutschland nun erhalten sollte. Im Januar 1919 fanden die **Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung** statt, aus denen die MSPD als klare Siegerin hervorging. Zusammen mit dem Zentrum und der DDP bildete sie die „**Weimarer Koalition**“ staatstragender Parteien. Insgesamt hatte sich also eine große Mehrheit der Wählerschaft für Parteien ausgesprochen, die eine **parlamentarische Demokratie** unterstützten. Dieses politische System sollte im Verlauf des Jahres 1919 tatsächlich eingeführt werden und bis zum Januar 1933 existieren.

Allerdings hatte auch ein nicht unerheblicher Teil der Wähler seine Stimme für **antidemokratische Parteien** abgegeben, die für die Wiederherstellung der Monarchie oder für eine sozialistische Räterepublik eintraten. Die **Spaltung von Politik und Gesellschaft** in Unterstützer und Gegner der Demokratie sollte bis zum Ende der Weimarer Republik andauern. Besonders in Krisensituationen gewannen staatsfeindliche Kräfte an Bedeutung. Dies galt vor allem für die rechtsradikale **NSDAP**, die einen „Führerstaat“ unter Adolf Hitler anstrebte: Anfang der 1930er-Jahre stieg sie im Zuge der Weltwirtschaftskrise von einer Splitterpartei zur stärksten Fraktion im Reichstag auf. Die junge Demokratie stieß auch unter den **alten Eliten**, die im Kaiserreich wichtige Funktionen in Justiz, Militär und Verwaltung ausgeübt hatten, von Anfang an auf Ablehnung. So gelang es z. B. dem Militär, eine Sonderstellung als „**Staat im Staate**“ aufrechtzuerhalten.

Geprägt wurde die Weimarer Republik außerdem durch die **demokratische Verfassung**, die im Sommer 1919 verabschiedet wurde. Sie schrieb die neuen Regeln politischen Handelns fest und sorgte so für eine gewisse Stabilisierung nach der unruhigen Revolutionszeit. Zu den wesentlichen Merkmalen dieser Verfassung gehörten die Festschreibung von **Grundrechten** sowie das **allgemeine Wahlrecht** für Männer und (erstmalig) Frauen. Dem vom Volk gewählten **Parlament** kam – anders als im Kaiserreich – eine **starke Stellung** zu; nun durfte der Reichstag z. B. die Reichsregierung kontrollieren. Ein wichtiges Verfassungsorgan war der **Reichspräsident**, der direkt von der wahlberechtigten Bevölkerung gewählt wurde. Er hatte eine starke Position inne, weshalb er häufig als „**Ersatzkaiser**“ bezeichnet wurde: So war er Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Reichswehr, konnte den Reichstag auflösen und durfte den Reichskanzler ernennen bzw. entlassen. Als problematisch für die weitere Entwicklung sollte sich vor allem **Artikel 48** erweisen, der dem Reichspräsidenten im Krisenfall besondere Befugnisse zusprach. In der Endphase der Republik, als es im Reichstag keine stabilen Regierungsmehrheiten gab, wurde mithilfe der Machtfülle des Reichspräsidenten am Parlament vorbei regiert.

Prägend für die Weimarer Republik sollte auch die **Spaltung der Arbeiterbewegung** sein, die bereits im Ersten Weltkrieg eingesetzt hatte und sich auch während der Revolution deutlich zeigte. So wurde am 9. November 1918 gleich zweimal die Republik ausgerufen: zuerst von Philipp Scheidemann (MSPD), kurz darauf von Karl Liebknecht (USPD), der eine „freie sozialistische Republik“ proklamierte. Während die **MSPD** bald stabilere Verhältnisse schaffen wollte, strebten radikale Arbeitervertreter die Fortsetzung der Revolution an. Hierbei sollten die **Arbeiter- und Soldatenräte**, die während der Novemberrevolution im ganzen Land entstanden waren, die Basis eines **Rätesystems** nach russischem Vorbild darstellen. Letztendlich sprach sich jedoch eine Mehrheit dieser Räte für die Einrichtung einer **parlamentarischen Demokratie** aus. Die provisorische Übergangsregierung, die sich zu Beginn der Revolution aus MSPD und USPD gebildet hatte, scheiterte folglich schnell. Zudem arbeitete die MSPD wiederholt mit dem Militär zusammen, um den Widerstand linksgerichteter Kräfte zu brechen. So wurde im Januar 1919 der kommunistische Januaraufstand in Berlin („**Spartakusaufstand**“) mit militärischer Gewalt beendet. Dabei wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, führende Vertreter der kurz zuvor gegründeten **KPD**, ermordet. In den folgenden Jahren wurden weitere kommunistische Aufstände niedergeschlagen. Die Spaltung der Arbeiterbewegung in republiktreue SPD und radikale KPD hielt bis zum Ende der Republik an und verhinderte z. B. ein geschlossenes Auftreten gegen die NSDAP.

Als dauerhafte Belastung der Weimarer Republik sollte sich ferner der 1919 abgeschlossene **Friedensvertrag von Versailles** erweisen. Neben Gebietsverlusten und Reparationsleistungen wurde darin die alleinige Schuld Deutschlands und seiner Verbündeten am Ausbruch des Ersten Weltkriegs festgehalten („Kriegsschuldartikel“ 231). Gerade rechte, demokratiefeindliche Kräfte machten gegen den „Schandfrieden“ und das „**Diktat von Versailles**“ mobil und griffen die in

der Öffentlichkeit weitverbreitete Empörung auf. In der rechten Propaganda wurden republikanisch gesinnte Politiker, die den Vertrag unterzeichnen und umsetzen mussten, als „**Erfüllungspolitiker**“ diffamiert. Eine wichtige Rolle spielten auch die **Kriegsunschuld-** und die **Dolchstoßlegende**: Es wurde behauptet, dass sich Deutschland 1914 lediglich gegen Aggressionen von außen gewehrt habe. Den Krieg habe man letztendlich nur verloren, da dem deutschen Heer durch die revolutionären Entwicklungen im Herbst 1918 die Unterstützung aus der Heimat gefehlt habe und die Moral der Soldaten zersetzt worden sei. Rechte Medien und Politiker, Militärs und andere alte Eliten des Kaiserreichs diskreditierten republikanische Politiker als „**Novemberverbrecher**“ und schoben diesen – recht erfolgreich – die Schuld an der Niederlage zu. 1925 wurde sogar ein Verfechter der Dolchstoßlegende, Paul von **Hindenburg** (im Ersten Weltkrieg Chef der Obersten Heeresleitung), zum Reichspräsidenten gewählt.

Ein anderes Merkmal, das die Republik über 1918/19 hinaus prägen sollte, war die **Anwendung von Gewalt als politisches Mittel**. Bereits erwähnt wurden die linken Erhebungsversuche, die in der Anfangsphase der Republik niedergeschlagen wurden. Die Gewalt richtete sich aber auch gegen Einzelpersonen: So wurden wiederholt **Attentate** auf republikanisch gesinnte Politiker wie **Matthias Erzberger** (1921) und **Walther Rathenau** (1922) verübt. Die Opfer dieser Anschläge waren in der Regel Vertreter der Republik, die Attentäter stammten überwiegend aus rechten Kreisen.

Die Ereignisse von 1918/19 haben die Weimarer Republik insgesamt **stark geprägt**. Zwar konnte in der Krise ein demokratisches System errichtet werden, das sich zunächst als relativ stabil erwies und selbst die unruhigen Anfangsjahre der Republik bis zum Krisenjahr 1923 bewältigen konnte. In der Gründungsphase der ersten deutschen Demokratie kam es aber auch zu Entwicklungen, die die junge Republik dauerhaft belasten und letztlich zu ihrem Scheitern beitragen sollten.

- 2.1 *Die Aufgabenstellung ist zweigeteilt. Zunächst sollen Sie die Karikatur M 1 „analysieren“ (AFB II), d. h. anhand bestimmter Kriterien erschließen. In diesem Fall geht es um Merkmale der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“, die in M 1 thematisiert werden. Anschließend sollen Sie die Intention, also die Wirkungsabsicht des Zeichners „herausarbeiten“ (AFB II). Sie können Ihre Lösung wie folgt aufbauen: Behandeln Sie zunächst die Formalia der Quelle. Beschreiben Sie im nächsten Schritt die einzelnen Bildinhalte, um auf dieser Grundlage dann auf die entsprechenden Merkmale der „Volksgemeinschaft“ einzugehen. Alternativ können Sie beide Schritte auch miteinander verbinden. Im letzten Abschnitt sollten Sie schließlich die Frage klären, warum der Zeichner die Karikatur angefertigt hat.*

Die von Gregor **Rabinovitch** gezeichnete **Karikatur M 1** trägt den Titel „Nationalsozialistische Rüstkammer“ und ist im November **1935** in der Schweizer Satirezeitschrift „Nebelspalter“ erschienen. Sie zeigt den Geschäftsraum einer **nationalsozialistischen „Leihanstalt“**. In der rechten Bildmitte sitzt ein **NS-**



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de
info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH
ist urheberrechtlich international geschützt.
Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung
des Rechteinhabers in irgendeiner Form
verwertet werden.

STARK